

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Berlin muss den 16-Punkte-Plan zur beschleunigten Abschiebung konsequent umsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass Berlin den am 9. Februar 2017 durch Bund und Länder beschlossenen Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung von Abschiebungen konsequent umsetzt.

Zudem soll der geplante Gesetzentwurf zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht auf Bundesebene unterstützt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.04.2017 zu berichten.

Begründung:

Die CDU-Fraktion begrüßt den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung von Abschiebungen. Dazu soll zeitnah ein Gesetz verabschiedet werden. Der am 9. Februar 2017 beschlossene 16-Punkte-Plan sieht unter anderem vor, dass abgelehnte Asylbewerber schneller zurück in ihre Heimat zu bringen sind, sofern diese nicht freiwillig ausreisen. Die freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer soll dabei entschiedener unterstützt werden.

Rund 55.000 Menschen kehrten 2016 freiwillig aus Deutschland in ihre Herkunftsländer zurück, 25.000 wurden abgeschoben. In Berlin sind im Jahr 2016 bis zum 28. Oktober 7.100 abgelehnte Asylbewerber freiwillig ausgereist.

Die Bereitschaft dazu wird aber nur dann erhalten, wenn zugleich jene, die sich weigern, auch entschlossen abgeschoben werden.

Um die Zahl der Abschiebungen nicht schutzbedürftiger Asylbewerber zu erhöhen und damit auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, ist es wichtig, eine bundesweit abgestimmte Abschiebepaxis ein- und konsequent durchzuführen.

Die geplanten Ausreisezentren, in denen sich Ausreisepflichtige kurz vor ihrer Abschiebung aufhalten, und ein neues "Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr" (ZUR) von Bund und Ländern sollen (Sammel-)Abschiebungen erleichtern.

Darüber hinaus ist das Vorhaben zielführend und geboten, die Voraussetzungen zur schnelleren Verhängung einer Abschiebehaft für solche Asylbewerber, von denen eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter ausgeht, zu schaffen.

Bund und Länder müssen zur Umsetzung dieser notwendigen Maßnahmen an einem Strang ziehen. Dazu muss auch das rot-rot-grün geführte Berlin seine ideologischen Scheuklappen endlich abnehmen und von ihrer Abwehrhaltung gegen die gebotenen Vereinbarungen abkommen - diese vielmehr unterstützen.

Dabei sind Rückführungsmaßnahmen verantwortungsvoll, aber ebenso bestimmt und in Zukunft deutlich entschlossener durchzuführen und fortzusetzen.

Berlin, den 14. Februar 2017

Graf Melzer Rissmann Dregger
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU